

etwas, dann drücken sie sicherlich das neoliberale Dogma aus, und ihre Ausdrucksweise ist nichts weiter als die einschränkende Haushaltspolitik (Kürzungen, Privatisierungen usw.) in Kombination mit dem Abbau der Arbeitnehmerrechte (Arbeitslosigkeit, Deregulierung, hohe Besteuerung usw.) – das Ganze im Sicherheitsmodus der gleichzeitigen Einschränkung der Demokratie (nicht gewählte Gremien mit uneingeschränkter Macht, wie z. B. die Eurogruppe, die Troika usw.) und der Überwachung.

Es ist wirklich verrückt, dass man, wenn man sich die Zwei-Euro-Münze anschaut, einerseits ein überragendes Kunstwerk betrachtet, das einen auf die Multikulturalität demokratischer Völker und Menschenrechte verweist, und andererseits zugleich auf die Diktatur einer Zentralbank und die Aufhebung von Rechten. Vielleicht spricht man deshalb von »der anderen Seite der Medaille«. Eine Seite entspricht den Märkten und die zweite den Werten, die nichts mit Geld und Erträgen zu tun haben, sieht man einmal von jenen für die Gesellschaft ab.

Es ist eine Tatsache, dass die Griechen die zwei Seiten Europas besser als andere kennen, oder treffender gesagt: seine spezifische Struktur namens Europäische Union. Sie kennen sie als Wirklichkeit, die sie in die völlige Verelendung getrieben hat, aber auch als Hoffnung auf Solidarität und Hilfe. Vielleicht gestaltet sich ihre Ablösung von einer solchen EU deshalb so schwierig. Vielleicht glauben sie aufgrund dieser Hoffnung, dass die EU als Idee kein Problem darstellt, sehr wohl aber als in eine bestimmte Richtung durchgeführte Politik.

Unser Europa!

Ungeachtet dessen, wie und wo die Geschichte von Syriza selbst schließlich ankommen wird, war und ist der Beitrag unserer Partei in der Diskussion über die Gegenwart und die Zukunft Euro-

pas von großer Bedeutung. Ihr Beitrag besteht darin, die Kräfte der Linken jeder Couleur, alle demokratischen und anti-neoliberalen Kräfte zu bündeln und die Chance zur Ausarbeitung eines neuen gemeinsamen Strategiekonzepts zu ergreifen, um sich aus den Bindungen der Marktgläubigkeit und eines technokratischen (Umsetzungs-)Regimes herauszuwinden. Es geht nicht um die Beilegung weiterer innerparteilicher ideologischer und organisatorischer Konflikte, denn die Vehemenz des Angriffs der Gegner und die drohende neofaschistische Gefahr lassen keinen weiteren Zeitverzug zu.

Ich kann hier natürlich kein ausgearbeitetes Konzept eines »anderen Europas« präsentieren, es kann und muss ohnehin aus kollektiven Prozessen hervorgehen. Sicher ist jedoch, dass der enorme Reichtum an Ideen und sozialen Phantasien, auch über das Spektrum der Linken hinaus, immer noch nicht ausgeschöpft ist. Wenn sich alle Kräfte vereinen, die der Hegemonie der kapitalistischen Ordnung und vor allem der des Finanzsektors entschlossen entgetreten, dann gibt es eine realistische Handlungsoption und die Möglichkeit zur Erarbeitung eines Plans mit breiteren sozialen Zielsetzungen, der die Rechte der Bevölkerungen garantiert. Die Grundvoraussetzung und Absicherung zur Umsetzung eines solchen Planes ist die aktive Einbindung der Bevölkerung.

Ganz reell brachte die Erfahrung Griechenlands und von Syriza den in etlichen Gegensatzpaaren enthaltenen grundsätzlichen Konflikt zum Vorschein: Pro-Memorandum – Anti-Memorandum, Austerität – Entwicklung, Demokratie – Herrschaft der sogenannten Märkte, um nur einige Beispiele zu geben. Letztlich repräsentieren sie den Klassenkonflikt selbst. Den Konflikt also zwischen Kapital und Arbeit unter den Bedingungen der vollständigen und alles umfassenden Deregulierung und der maximalen Dominanz des Finanzsystems über die Politik und die Bevölkerungen. Der »Coup« vom 12. Juli bestätigt schlicht und einfach, dass die herrschende Seite nicht vor dem Einsatz aller

Mittel und Einflussmöglichkeiten zurückschreckt, denn die Umsetzung ihres Planes darf nicht in Frage gestellt werden.

Parallel zum Konflikt zwischen den Klassen wurde ein Plan zur langfristigen »Germanisierung der EU« erkennbar, dessen Existenz mittlerweile unstrittig ist. Die herrschende Seite verfügt über immense Mittel und vor allem über gemeinsame Planungs- und Koordinationsinstanzen. Und leider ist die andere Seite, leider sind also wir, die wir über ein »anderes Europa« nachdenken, es einfordern und Visionen dafür entwickeln, weit von einer solchen Organisation entfernt. Dabei müssten wir den Gegenpart zu genau jenem Plan entwickeln, der von den ökonomischen Eliten der EU verfolgt und auf sehr effektive Weise verbreitet wird, was mit der griechischen Redewendung »alle Hämmer treffen denselben Amboss« sehr treffend beschrieben wird.

Viele grundlegende Sicherheiten haben ihre Gültigkeit verloren, manche mehr, manche weniger. Die Machtverhältnisse auf nationaler und europäischer Ebene stellen uns vor die herausfordernde Aufgabe, unsere Analysen zu überdenken und neue Pläne zu entwickeln. Heute erscheint mir weder die Aussage »Wir verändern die EU« noch die Forderung nach einer »Rückkehr zu den Nationalstaaten« ausreichend zu sein. Die bisherigen programmatischen Positionen der europäischen Linken und von Syriza müssen auf der Grundlage der jüngsten Erfahrungen neu formuliert werden. Ein Teil der Linken akzeptiert die EU und plant innerhalb ihres Kontextes, obwohl er weiß, dass die EU und die Eurozone in der heutigen Form Apparate kalter Ausbeutung sind, in denen die Mächtigen über die Schwachen herrschen, was die kapitalistische Ausrichtung der einzelnen nationalen Staaten multipliziert. Ein anderer Teil nicht nur der griechischen Linken fordert den Austritt aus der EU und ignoriert dabei den Umstand, dass die einzelnen kapitalistischen Staaten auf die gleiche Weise funktionieren wie die EU selbst.

Syriza ist der europäischen Integration gegenüber positiv eingestellt, weil sie davon überzeugt ist, dass der Konflikt der Klassen auf supranationalem Niveau stattfindet.

»Die Revolution in Europa« wird im Rahmen eines vereinten Europas sehr viel wahrscheinlicher, in dem die politische Intervention, die Mobilisierung und die Partizipation der arbeitenden Klassen zu Einheiten gebündelt werden können, als die Möglichkeit zum Umsturz in einem einzelnen Land.

Die europäische Linke hat den Prozess der europäischen Integration mit demokratischen Bedingungen und sozialer Gerechtigkeit weder als Zwangsläufigkeit noch als neutrales Verfahren akzeptiert, sondern weil sie meint, dass sie ihren eigenen Zielsetzungen zugutekommt. Denn ... Sozialismus kann nicht in einem Land allein etabliert werden, ... das Feld der klassenbezogenen, politischen und ideologischen Kämpfe, welches sich mit dem Kurs der europäischen Integration eröffnet, bildet den tatsächlichen Boden, von dem ihr konstitutives Ziel als realistisch machbar ausgehen kann.«³

Die gemeinsamen Probleme bilden eine objektive Grundlage nicht nur für gemeinsame Antworten, sondern primär für das gemeinsame Handeln zu ihrer Aufhebung. Die Austerität führt Millionen von deutschen Arbeitnehmern in den Bezug von Hartz-IV-Leistungen und in prekäre Beschäftigungsverhältnisse. Sie zwingt Millionen von Bulgaren, Rumänen und Griechen zu Hungerlöhnen in ungesicherte Arbeitsverhältnisse, das französische staatliche Sozialsystem wird demontiert, und Italien wird zunehmend deindustrialisiert. Immer mehr polnische Arbeitnehmer arbeiten als Leiharbeiter, während in den baltischen Ländern die Löhne niedriger sind als in China. Damit versteht es sich eigentlich von selbst und ist es vielleicht auch überflüssig, dass ich es hier noch einmal sage: Die europäischen Beschäftigten, die Arbeitslosen, die prekär Beschäftigten, die Arbeiter, die Jugendlichen und die Selbstständigen haben nichts mit den Eliten der EU gemein. Vielmehr denke ich, dass aufgrund der Erfahrung in Griechenland die Formulierung einer Strategie heute mehr denn je erforderlich ist, die das Interesse der Ausgebeuteten gesamt-europäisch unterstützt und befördert. Denn damit werden die Pläne jener durchkreuzt, die auf Kosten der Armen Reichtum an-

häufen. Der Vertrag eines vereinten Europas bedeutet nicht, dass alle gemeinsame Interessen haben. Anders gesagt, die Vertiefung der politischen Integration Europas muss auf Grundlage eines Planes und mit Methoden voranschreiten, die die Interessen der arbeitenden Klasse, der »da unten«, voranbringen, und zwar in einer Weise, die die Schaffung einer sozial gerechten, friedlichen, ökologischen, feministischen und nicht zuletzt demokratischen EU mit offenen Grenzen begünstigt.

Auch wenn wir das alles bereits wissen, dann steht noch die Antwort nach dem »Wie« aus. Sie lautet meiner Meinung nach: mit einer gesamteuropäischen Organisation von denen »da unten«. Trotz der Niederlage von Syriza und der linken Regierung sind die Umstände sehr günstig, denn die nun eröffnete Diskussion kann nicht so ohne weiteres beendet werden, völlig unabhängig vom weiteren Weg von Syriza. Die radikale Linke Griechenlands hat einen großen Schritt und für die herrschenden Eliten einen verstörenden Versuch unternommen, damit hat sie die inländischen Machtverhältnisse verändert und die Diskussion in Europa entscheidend beeinflusst. Jetzt ist die Stunde der Völker, der Bewegungen, der Gewerkschaften, der Linken und der fortschrittlichen Parteien aller Länder, ihren Teil dazu zu tun und alles zur Änderung der Machtverhältnisse in den einzelnen Ländern zu unternehmen. Die kleinen und unzähligen Strömungen des Widerstands und der Solidarität, die in jeder Stadt, in ganz Deutschland und in jedem Land der EU geschaffen wurden und dort aktiv sind, müssen zu einem großen und reißenden Strom zusammenfließen, der die etablierten Eliten und ihre Pläne mit sich reißt und fortschwemmt. Das Ziel all dessen kann in nichts anderem als in der möglichst breiten Übertragung des Bruchs innerhalb der Eurozone und der EU selbst bestehen, so dass noch mehr »schwache Glieder« herausbrechen und er in der zentralen Kette selbst ankommt, im Kern des dogmatischen, neoliberalen Europas. Alle Linken, Männer wie Frauen, in Griechenland und in ganz Europa müssen den Widerstand und die Um-

kehrung dieser Politik zu ihrer ersten Priorität machen, exakt unter diesen Umständen des extremen Zusammenstoßes, der nicht nur die arbeitenden Menschen verelendet, sondern auch den Neofaschismus und den Krieg wieder in den Vordergrund rückt.

Und genau deshalb, weil all das nicht ohne die grundlegende Veränderung der Kräfteverhältnisse geht, ist es klar, dass es eines Ausbruchs von Klassenkämpfen auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene bedarf, der kraftvoll und realisierbar wird. Die Eroberung der Regierung durch die radikale Linke in Griechenland ist, trotz ihrer Niederlage, ganz sicher der Funke für einen solchen Prozess. Wer glaubt, dass die Frage des gesellschaftlichen Umbruchs in Griechenland, also auch in Europa, nur über das zentrale Thema der »nationalen Währung«, des »Austritts« und des »Nutzens« thematisiert werden kann, unterschätzt vermutlich den Begriff des gesellschaftlichen Umbruchs.

Der »Coup« vom 12. Juli war ein jäher Weckruf, der das Bewusstsein dafür geschärft hat, dass die wesentlichen Parteien und ideologischen Strömungen ihre Strategien neu ausrichten müssen. Es kann nicht sein, dass die SPD noch lange so weitermacht und Politik im Schatten von Merkel und Schäuble betreibt und sich dabei, so wie in der Griechenlandfrage, »päpstlicher als der Papst« aufführt. Für die Partei Die Linke ist der politische Kontext zur Vertiefung ihrer Beziehungen zu den sozialen Bewegungen ausgesprochen günstig, sie kann auf der Grundlage eines mit ihnen gemeinsam zu erarbeitenden Programms sogar die Machtfrage in Deutschland stellen. Ebenso ist es an der Zeit, dass die großen Gewerkschaften wie die IG Metall oder sogar der gesamte DGB endlich ihre mit den Solidaritätsadressen für Griechenland bereits begonnenen Schritte um weitere Aktivitäten ergänzen. Dass sie ihre damit zum Ausdruck gebrachte Ablehnung der Austeritätspolitik nun endlich in einem Aktionsplan umsetzen, dass sie zu den arbeitenden Menschen gehen, um sie aufzuklären, und in Zusam-

menarbeit mit den Widerstandsbewegungen eine breite Front gegen den Neoliberalismus aufbauen.

Meine Grundidee besteht in der gesamteuropäischen Bündelung aller »da unten« – also der abhängig und der prekär Beschäftigten, der Arbeitslosen, der Jugendlichen, der Niedrigrentner, der Migranten und der Flüchtlinge, der kleinen Freiberufler und der Kleinbauern – zu einem gemeinsamen gesamteuropäischen Handeln im Kampf gegen die Austeritätspolitik. Alle Hämmer sollen auf diesen Amboss schlagen! Der aktuelle Klassenkonflikt, der Klassenkampf unserer Zeit, ist exakt der Kampf gegen die Austerität. Nur wenn er gewonnen wird, können wir über das »andere Europa« sprechen, das Europa der sozialen Gerechtigkeit, der Solidarität, des ökologischen Gleichgewichts, der Rechte und der sozialen Sicherheit. Ein Europa ohne Abschottung gegenüber der Welt. Unser Europa!!!

Epilog

Nach Monaten hartnäckiger Verhandlungen, in deren Verlauf Griechenland alle Druckmittel ausschöpfte (Unterbrechung der Gespräche, Zahlungsstopp, einseitige Gesetzgebung, Referendum), wurde klar, dass sich der neoliberale Dogmatismus in Europa gegenüber der Demokratie durchgesetzt hat. Bei geschlossenen Banken, nicht existenter Liquidität und unter Androhung des Grexit beschränkten sich die Optionen der griechischen Seite konkret auf die Unterzeichnung der Vereinbarung oder den unkoordinierten Bankrott mit schmerzlichen Auswirkungen, die besonders die schwächsten ökonomischen Schichten treffen würden. Dass die griechische Seite am Ende für die diktierte Vereinbarung optierte, ist unstrittig der Erpressung geschuldet und entspricht weder den programmatischen Aussagen der Regierung noch ihren Positionen und ihren Überzeugungen. In erster Linie stellt sie aber keine geeignete tragfähige Lösung für das Problem der Staatsschulden und der ökonomischen Krise dar. Sie ist sozial ungerecht und verheerend und ökonomisch nicht tragfähig. Nicht umsetzbar.

Ich persönlich werte das Vereinbarungsdictat gegenwärtig noch als taktischen Schritt in Erwartung des geeigneten Zeitabschnitts, in dem sich die Widerstandsbewegung gegen die Austerität und den Autoritarismus gesamteuropäisch herausbildet und die das »Germropa«, das deutsche Europa à la Schäuble, stürzen und in die Niederlage führen wird, während gleichzeitig das »andere Europa« aufsteigt.